

Vorlage an den Landrat

Zweiter Bericht zum Postulat 2016-069 von Florence Brenzikofer: «Unterstützung aus BL für den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS)»

2016/69

vom 16. Januar 2018

1. Text des Postulats

Am 10. März 2016 reichte Florence Brenzikofer das Postulat 2016-069 «Unterstützung aus BL für den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS)» ein, welches vom Landrat am 14. April 2016 mit folgendem Wortlaut überwiesen wurde:

Der Trinationale Atomschutzverband (TRAS) hat zum Ziel, der Bevölkerung in der Region Oberrhein Schutz vor den bestehenden Atomrisiken zu gewähren und sich aktiv für Energiesicherheit einzusetzen. Dem TRAS gehören über 100 Gemeinden, Städte und weitere Organisationen aus der Region an, es sind auch einige Baselbieter Gemeinden Mitglied bei TRAS.

Wir fordern die Regierung von Basel-Landschaft auf, sich in vergleichbarer Art wie unser Nachbarkanton Basel-Stadt im TRAS zu engagieren und diesen aktiv zu unterstützen.

2. Abschaltung des KKW Fessenheim: bisherige Aktivitäten zu diesem Thema seit 2011

Im Anschluss an die Reaktorkatastrophe von Fukushima wurden drei Vorstösse eingereicht, welche die Abschaltung des KKW Fessenheim zum Thema hatten:

[2011/076](#) vom 31. März 2011, Motion der CVP/EVP-Fraktion: Stilllegung des KKW Fessenheim. Die Motion forderte den Regierungsrat auf, sämtliche verfügbaren politischen Mittel auszuschöpfen, um die französischen Behörden zur geordneten Stilllegung des KKW Fessenheim zu veranlassen. Die Motion wurde am 19. Mai 2011 vom Landrat überwiesen und abgeschrieben.

[2011/078](#) vom 31. März 2011, Postulat von Philipp Schoch: Fessenheim abschalten. Das Postulat forderte den Regierungsrat auf zu prüfen, wie er sich so schnell wie möglich bei französischen Behörden für die Abschaltung des AKW Fessenheim einsetzen kann. Das Postulat wurde am 19. Mai 2011 vom Landrat überwiesen und abgeschrieben.

[2011/091](#) vom 31. März 2011, Postulat von Martin Rüegg: Fessenheim stilllegen – TRAS beitreten – Katastrophenschutz aufzeigen. Mit dem Postulat fordert Landrat Martin Rüegg den Regierungsrat auf, die endgültige Stilllegung des AKW Fessenheim zu verlangen, den baldigen Beitritt zum Atom-Schutzverband zu prüfen und den Katastrophenschutzplan für den Kanton Basel-Landschaft im Falle eines Atom-Unfalls (in Fessenheim oder in einem anderen näher gelegenen AKW) aufzuzeigen und darüber zu berichten. Das Postulat wurde am 19. Mai 2011 überwiesen und abgeschrieben.

In seiner [Stellungnahme](#) zu Handen der Landratssitzung vom 19. Mai 2011 hatte der Regierungsrat ausgeführt, dass die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sich mit einem gemeinsamen Brief vom 22. März 2011 an Frau Bundesrätin Doris Leuthard gewandt und die Abschaltung des Atomkraftwerks Fessenheim gefordert haben. Der Regierungsrat hat sich somit klar für eine Abschaltung des KKW Fessenheim ausgesprochen. In der Zwischenzeit war dem Regierungsrat auch die Kopie des Antwortschreibens der zuständigen französischen Ministerin für

Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Energie Ségolène Royal vom 27. Januar 2017 an Frau Bundesrätin Leuthard zugegangen. In dem Schreiben zeigt die französische Ministerin Ségolène Royal den provisorischen Zeitplan zur Abschaltung von Fessenheim auf. Sie führt aus, dass die Abschaltung des Atomkraftwerks Fessenheim spätestens erfolgt, wenn das Kernkraftwerk Flamanville ans Netz gehe, was für Ende 2018 geplant sei.

Im Frühling 2017 hat der Regierungsrat entschieden, zur Verbesserung der Kommunikation einen ständigen Beobachter in die lokale Informations-, Beratungs- und Sicherheitskommission Fessenheim (*Commission locale d'information et de sécurité*, CLIS Fessenheim) zu entsenden. Das Amt für Bevölkerungsschutz wurde mit der Umsetzung dieser Aufgabe betraut. Der Regierungsrat hat mit Vorlage [2017-113](#) seine Haltung zum TRAS-Beitritt dargestellt und über den CLIS Beitritt berichtet.

Aufgrund der Motion [2017-233](#) von Christine Gorrengourt «Rechtliche Grundlagen zur aktiven Umsetzung des Bevölkerungsschutzes durch TRAS Beitritt», welche am 15. Juni 2017 eingereicht wurde, hat der Regierungsrat die rechtlichen Grundlagen für einen allfälligen Beitritt zu TRAS geprüft. Dabei hat der Regierungsrat festgestellt, dass sämtliche in den Statuten von TRAS festgeschriebenen Zielsetzungen mit den Basellandschaftlichen Gesetzen konform sind. Weil somit keine Gesetzesänderung notwendig ist, um einen eventuellen Beitritt zu TRAS zu realisieren, hat der Regierungsrat dem Landrat die Überweisung und Abschreibung der Motion 2017-233 beantragt. Der Landrat ist diesem Antrag an seiner Sitzung vom 2. November 2017 gefolgt.

Am Rande des Pariser Klimagipfels vom Dezember 2017 bestätigte der Französische Präsident Emmanuel Macron die angekündigte Schliessung des Atomkraftwerks Fessenheim. Zu einem Abschaltungstermin äusserte sich Macron nicht.

Der Regierungsrat ist entschlossen, sich weiterhin dezidiert für die rasche Abschaltung des KKW Fessenheim zu engagieren. In einem gemeinsamen Schreiben mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt vom 9. Januar 2018 hat er den französischen Präsidenten Macron zur unverzüglichen Abschaltung des Kernkraftwerks Fessenheim aufgefordert. Das Schreiben wird von der zuständigen Bundesrätin Doris Leuthard ausdrücklich unterstützt. Darin geben die beiden Regierungen ihrer Besorgnis Ausdruck über den Sicherheitszustand des Kernkraftwerks Fessenheim, in dem es auch im Verlauf des Jahres 2017 zu mehreren Störfällen gekommen ist. Die Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt nehmen Bezug auf das Schreiben der damaligen französischen Umweltministerin Ségolène Royal an Bundespräsidentin Doris Leuthard vom 27. Januar 2017. Darin hatte die französische Umweltministerin in Aussicht gestellt, dass eine Abschaltung des Kernkraftwerks in Fessenheim in Abhängigkeit des Produktionsbeginns des Reaktors in Falmanville auf Ende 2018 geplant sei.

3. Trinationaler Atomschutzverband (TRAS): wer ist das und was tut der Verband?

In der bisherigen Landratsdebatte zu einem möglichen TRAS-Beitritt wurde gewünscht, dass die Organisation vertieft dargestellt wird. Das nachfolgende Kapitel nimmt dieses Anliegen aus dem Landrat auf.

TRAS wurde 2005 als Verein gegründet. An der Vorbereitung der Gründung und der Definition der Zielsetzungen war der Kanton Basel-Landschaft beteiligt. Aktuell (per 04. August 2017) umfassen die Mitglieder 101 politische Gemeinden im Dreiland, 63 Organisationen (inkl. Kirchgemeinden) sowie 134 Einzel- und Familienmitglieder. Der Verband mit seinen angeschlossenen Gemeinden (inkl. Basel-Stadt) repräsentiert eine Einwohnerzahl von über einer Million Menschen und ist somit im trinationalen Raum breit abgestützt. Der Vorstand setzt sich aus Persönlichkeiten aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland zusammen. Vertretende des Umweltschutzamtes der Stadt Freiburg im Breisgau, der Kantonschemiker Basel-Stadt, sowie die in Basel-Stadt für Gefahrenprävention im Gesundheitsamt zuständige Fachperson sind mit beratender Stimme im Vorstand vertreten. TRAS unterscheidet sich von „Bürgerinitiativen“ darin, dass die Mitglieder von

TRAS primär staatliche Organe sind. Die Handlungsziele von TRAS sind in § 2 der Statuten in der Version vom 24. Juni 2014 festgehalten¹.

Dem Jahresbericht 2016 ist zu entnehmen, dass sich TRAS kontinuierlich bemüht, die mangelhafte Sicherheit des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim zu dokumentieren und endlich eine Schliessung zu erreichen. TRAS hat hierzu verschiedene Gutachten erstellt bzw. Gutachten von unabhängiger Seite publik gemacht, welche aufzeigen, dass das AKW Fessenheim die heute geltenden internationalen Sicherheitsanforderungen **nicht** erfüllt. Dennoch hat die französische Aufsichtsbehörde dem AKW Fessenheim bescheinigt, ein sicheres AKW zu sein. Dies obwohl gleichzeitig die französische ehemalige Umweltministerin Ségolène Royale die ungenügende Sicherheit als Grund für die vorgesehene Schliessung des AKW Fessenheim angegeben hat.

Im Jahr 2012 hat TRAS ein Gutachten zur Erdbebensicherheit des AKW Fessenheim veranlasst. Die französische Aufsichtsbehörde ASN hat daraufhin angekündigt, dass die „Grundlegenden Sicherheitsregeln“ verbessert werden sollen. Eine solche Verschärfung der Sicherheitsregeln bezüglich der Erdbebensicherheit wurde jedoch von der französischen Aufsichtsbehörde bis heute nicht vorgenommen.

Als Folge der Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) der Vereinten Nationen eine probabilistische Betrachtungsweise (Welche Erdbeben sind am Standort möglich?) verlangt. Eine solche Betrachtungsweise hat das AKW Fessenheim aber bis dato nicht abgeliefert. Die Abschätzung des Erdbebenrisikos des KKW Fessenheim bezieht sich ausschliesslich auf bisherige Ereignisse. Ein [unabhängiger Expertenbericht](#)² zeigt, dass viele der Auflagen, welche das ASN Fessenheim gemacht hat, nicht umgesetzt wurden und der Stand der Vollzugs nicht transparent genug ist.

Mit der anhaltenden Thematisierung der Sicherheitsmängel des AKW Fessenheim hat TRAS massgeblich dazu beigetragen, dass die Abschaltung von Fessenheim als gesichert gelten darf. Allerdings wird über den Zeitpunkt der Abschaltung des AKW Fessenheim noch diskutiert. Das französische Energiegesetz sieht vor, den Anteil des Atomstroms in Frankreich an der Stromversorgung massiv zu senken. Es besteht dank dem unter anderem von TRAS hoch gehaltenen medialen und politischen Druck eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Fessenheim das erste Atomkraftwerk sein wird, welches in Frankreich geschlossen wird, um den Maximalwert an Atomstrom einzuhalten.

TRAS strengt derzeit verschiedene Klageverfahren in Frankreich an und hält damit den Druck zur Schliessung des AKW Fessenheim aufrecht:

- TRAS hat Einspruch erhoben, gegen die gewässerschutzrechtlichen Bewilligungen für Fessenheim,
- TRAS verlangt von der französischen Aufsichtsbehörde ASN Dokumente und Auskunft betreffend den Stand der Sicherheit der Anlage,

¹ § 2 Zweck des Schutzverbandes ist:

- a) Der Schutz der Bevölkerung vor Atomrisiken am Oberrhein, insbesondere hinsichtlich jener Anlagen die mittels Klagen, Beschwerden, Referenden oder Standesinitiativen nach schweizerischem Recht durch die Betroffenen nicht zu beeinflussen sind;
- b) die Verhinderung des Baus neuer Atomkraftwerke, gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft, insbesondere durch wissenschaftliche Expertisen und Nutzung der verfügbaren Rechtsmittel;
- c) Die Informationsbeschaffung, Dokumentierung und Auswertung laufender sicherheitsrelevanter Ereignisse und die Erarbeitung fundierter Stellungnahmen zu Fragen der Sicherheit und des Risikos laufender oder geplanter Atomanlagen;
- d) Die Förderung des Erfahrungsaustausches im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in der Region Oberrhein und die politische Förderung gemeinsamer Projekte, zum Beispiel auf dem Gebiet der Geothermie, der Solarenergie oder der Nutzung von Biomasse.
- e) Die Wahrung der Interessen und Rechte der Betroffenen von nuklearen Risiken oder Schäden;
- f) Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen;
- g) Er informiert regelmässig die Bevölkerung.

Der Schutzverband ergreift die hierzu geeigneten Massnahmen.

² Experte Dr. André Herrmann (Basel), ehem Präsident der Eidgenössischen Kommission für Strahlenschutz und Überwachung der Radioaktivität.

- TRAS hat eine erneute Klage bei der EU eingereicht, wegen Nichteinhaltung von Gemeinschaftsrecht,
- TRAS fordert von der Eléctricité de France (EDF, dem Betreiber des Atomkraftwerks Fessenheim) den Nachweis ein, dass sie die dokumentierten Sicherheitsmängel in Fessenheim behoben hat,
- TRAS wird gegebenenfalls erneut vor Gericht gehen, wenn die Antworten der ASN und der EDF nicht zufriedenstellend ausfallen.

4. **Stellungnahme des Regierungsrates**

Der Regierungsrat hat am 21. März 2017 mit Bericht [2017-113](#) zum Postulat [2016-069](#) ausgeführt, dass er den Beitritt zu TRAS ablehnt. Erstmals hat der Regierungsrat 2011 anlässlich der Beantwortung von ähnlich gelagerten Vorstössen zur Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim bzw. zum Beitritt zum Trinationalen Atomschutzverband (TRAS) seinen Standpunkt dargelegt³. Die Haltung des Regierungsrats umfasst folgende Punkte:

- Der Regierungsrat Basel-Landschaft nutzt die ihm zur Verfügung stehenden Korrespondenzwege an die Bundesverwaltung nach Bern und an den Präsidenten der französischen Republik aktiv, um seinen Einfluss für die rasche Abschaltung des Kernkraftwerks Fessenheim einzubringen. Er wird auf den ihm offen stehenden Wegen sein Engagement für die rasche Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim fortsetzen, bis das Ziel erreicht ist. Hierfür ist der Beitritt zu TRAS nicht erforderlich.
- Es ist nicht Sache der Kantone, Mitglied des privatrechtlich konstituierten Vereins TRAS zu werden, dessen Beschlüsse nach Vereinsrecht getroffen werden und für die Kantone nicht steuerbar sind.
- Der Regierungsrat ist zur Optimierung des Bevölkerungsschutzes der französischen lokalen Informations- und Überwachungskommission CLIS beigetreten. Der Kanton Basel-Landschaft wird an den drei jährlichen Treffen der CLIS durch die Hauptabteilung Bevölkerungsschutz des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz vertreten.

Der Landrat hat an seiner Sitzung vom 1. Juni 2017 das Postulat 2016-069 mit 39:38 Stimmen (mit Stichentscheid des Landratspräsidenten) stehen gelassen. Der Regierungsrat hat das Geschäft ein weiteres Mal beraten, ohne aber zu einer anderen Beurteilung, nämlich der Ablehnung des Beitritts zu TRAS aus den oben dargelegten Gründen, zu gelangen. Der Regierungsrat wird auch in Zukunft die ihm zur Verfügung stehenden Wege und Möglichkeiten nutzen, um sich mit Nachdruck für die rasche Stilllegung des KKW Fessenheim einzusetzen.

5. **Antrag**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat 2016-069 «Unterstützung aus BL für den Trinationalen atomschutzverband (TRAS)» abzuschreiben.

Liestal, 16. Januar 2018

Im Namen des Regierungsrates

Die Vize-Präsidentin:

Monica Gschwind

Der Landschreiber:

Peter Vetter

³ [2011/076](#) vom 31. März 2011 Motion der CVP/EVP-Fraktion: Stilllegung des KKW's Fessenheim.

[2011/078](#) vom 31. März 2011 Postulat von Philipp Schoch: Fessenheim abschalten.

[2011/091](#) vom 31. März 2011 Postulat von Martin Rüegg: Fessenheim stilllegen – TRAS beitreten – Katastrophenschutz aufzeigen.